

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 7/14

05.12.2014



Generaldebatte im Deutschen Bundestag zum Bundeshaushalt 2015 © Bundesregierung / Guido Bergmann

Hightech-Strategie und Meisterbrief

Die erste Debatte in dieser Woche hat anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen die Bedeutung der Teilhabe von Menschen mit Handicap unterstrichen. Sie zeigte jedoch auch, dass noch viel getan werden muss. In dieser Wahlperiode hat sich die unionsgeführte Koalition vorgenommen, die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln. Die Kommunen sollen mit Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes um fünf Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden. Im Vorgriff auf das Gesetz entlastet der Bund die Kommunen schon ab 2015 um eine Milliarde Euro jährlich.

Hightech-Strategie für Deutschland

Die Bundesrepublik ist ein Magnet für Forscher aus aller Welt. Die Zahl der Wissenschaftler, die nach Deutschland kommen, hat sich seit dem Jahr 2006 um 60 Prozent erhöht. Das betonte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) am Donnerstag bei der Vorstellung der Hightech-Strategie für Deutschland. Ziel der novellierten Hightech-Strategie ist laut Wanka, Innovationsfähigkeit zu stärken. Sie biete nicht nur Chancen für ausgesprochene Wachstumsbranchen, sondern rege auch die Innovationsdynamik des Mittelstands an. „Es ist Kern unserer Politik, für die kleinen und mittleren Unternehmen in diesem Land Sorge zu tragen“, betonte die Ministerin.

Koalition stärkt Meisterbrief

Der deutsche Meisterbrief ist Garant für hohe Ausbildungsqualität sowie handwerkliche Kompetenz und unterstreicht die Bedeutung der dualen Ausbildung. Mit einem Antrag, der diese Woche im Parlament diskutiert wurde, sprechen sich die Koalitionsfraktionen ausdrücklich für eine Stärkung des Meisterbriefs aus. Hintergrund ist die aktuelle Evaluierung durch die EU-Kommission. „Wir wollen das bestehende System stärken. Es leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes und zum Verbraucherschutz“, betonte Unionsfraktionschef Volker Kauder.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Die CDU/CSU-geführte Koalition hat einen historischen Erfolg errungen: Zum ersten Mal seit 46 Jahren macht der Bund im kommenden Jahr keine neuen Schulden mehr. Das ist eine sehr gute Nachricht für alle Generationen. Gleichzeitig investieren wir mehr in Bildung und Forschung und entlasten die Kommunen. Essen profitiert davon u.a. in den Bereichen Bildung, Städtebau und Kinderbetreuung (S. 3). Auch wenn es Aufgabe der Bundesländer ist, für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen zu sorgen, ist der Bund ein verlässlicher Partner.

Deutschland steht gut da: Die Zahl der Erwerbstätigen befand sich im Oktober mit 43 Millionen auf einem historischen Höchststand. Unser Land ist wirtschaftlicher Stabilitätsanker in Europa. Das ist nicht nur Glück, sondern das Ergebnis guter Politik.

Im Jahr 2019 läuft der Solidarpakt II aus. Damit wurden vor allem der Aufbau der ostdeutschen Bundesländer, aber auch andere Bedarfsspitzen des Bundes bewältigt. Jetzt beschäftigt sich das Parlament mit der Frage, wie es nach 2019 mit dem Solidaritätszuschlag weitergeht. Warum Solidarität auch für den Westen gelten sollte und was ich dazu in meiner Rede im Bundestag gesagt habe, lesen Sie auf S. 2 dieses Newsletters.

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin



Matthias Hauer MdB bei seiner Rede zum Solidaritätszuschlag im Deutschen Bundestag am 3. Dezember 2014: In einer Aktuellen Stunde diskutierten die Abgeordneten kontrovers über die künftige Gestaltung des Solidaritätszuschlags. Die Debatte wurde live auf Phoenix übertragen. Die Rede von Matthias Hauer ist auf der Internetseite www.matthias-hauer.de zu sehen.

„Solidarität auch für Regionen im Westen“

Strukturschwache Regionen auch im Westen brauchen gezielte Unterstützung – das erklärte Matthias Hauer MdB bei seiner Rede in einer Aktuellen Stunde zum Thema „Pläne zur künftigen Gestaltung des Solidaritätszuschlags“ im Deutschen Bundestag.

„Soli für immer und ewig – das halte ich für falsch“, sagte der Essener Abgeordnete. „Den Vorschlag der rot-grünen Landesregierungen, ihn in Form einer höheren Einkommensteuer dauerhaft weiterzuführen, lehne ich ab.“ Der Soli sei als Ergänzungsabgabe eingeführt worden. „Wir müssen die Möglichkeit erhalten, ihn in Zukunft schrittweise abzubauen. Das ist mittelfristig das Ziel.“

Allerdings könne der Bund, bis das der Fall ist, nicht auf die Einnahmen aus dem Soli verzichten. „Viele Orte und Regionen in Deutschland, darunter gerade auch Essen und das gesamte Ruhrgebiet, stehen vor enormen Herausforderungen“, so Matthias Hauer. Selbst wenn es die Aufgabe der Bundesländer ist und bleibt, für eine auskömmliche Finanzausstattung ihrer Städte und Gemeinden zu sorgen, könnten diese Herausforderungen nur von Bund und Ländern gemeinsam bewältigt werden.

„Wir brauchen dafür aber keine Verteilung der Mittel nach dem Gießkannenprinzip, großflächig über das Land, sondern konkrete Lösungen nach objektiven Kriterien für konkrete Herausforderungen – und zwar unabhängig von der Himmelsrichtung.“

Hintergrund

Solidaritätszuschlag

Der Solidaritätszuschlag wurde 1991 erstmals erhoben. Zunächst auf ein Jahr begrenzt, wurde er 1995 wieder eingeführt – dieses Mal ohne Befristung. Seit 1998 gilt der aktuelle Satz von 5,5 Prozent. Während der Solidarpakt II 2019 ausläuft, ist der Solidaritätszuschlag weder zweckgebunden noch befristet.

In den kommenden Monaten wird die Union daher gemeinsam mit dem Koalitionspartner intensiv die Zukunft des Solidaritätszuschlags beraten, vor allem auch im Zusammenhang mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen.



Matthias Hauer im Finanzausschuss. Der Finanzausschuss hat das Gesetz in dieser Woche abschließend beraten. © Deutscher Bundestag / Stella von Saldern

Härtere Strafen bei Steuerhinterziehung

Am 1. Januar 2015 treten neue Regelungen der straffbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung in Kraft. Das Gesetz behält zwar die Regelungen der straffbefreienden Selbstanzeige sowie die Möglichkeit des Absehens von Verfolgung in besonderen Fällen bei, verschärft jedoch deren Voraussetzungen deutlich. Die Grenze, bis zu der eine Steuerhinterziehung ohne Zahlung eines zusätzlichen Geldbetrages bei einer Selbstanzeige straffrei bleibt, wird von 50.000 Euro auf 25.000 Euro abgesenkt. Im Gegenzug wird die Teilselbstanzeige für Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen wieder eingeführt. Matthias Hauer MdB: „Damit bleibt die Selbstanzeige als eine Möglichkeit erhalten, zur Steuerehrlichkeit überzugesehen. Allerdings wird die Selbstanzeige ab dem nächsten Jahr teurer.“

Berlin



Matthias Hauer MdB bei seinem Besuch der Eröffnung einer Kita im Oktober 2014

Geld vom Bund für die Kleinsten: 3,68 Mio. Euro für Essen

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag den Startschuss für das dritte Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ gegeben. Essen erhält damit über 3,68 Mio. Euro für die Jahre 2015 bis 2018 und wird weiter beim Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung durch den Bund unterstützt.

„3,68 Mio. Euro mehr vom Bund für die Kinderbetreuung – das Geld können wir in Essen gut gebrauchen“, bekräftigt Matthias Hauer MdB. „Wir verbessern damit für Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eltern sollen selbst entscheiden können, ob sie eine Kinderbetreuung nutzen oder nicht. Dafür muss aber ein ausreichendes Angebot bereitstehen.“

Mit dem „Gesetz zur Entlastung der Länder und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung“ tritt auch das Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2015-2018 in Kraft. Nordrhein-Westfalen erhält aus diesem Programm 118,6 Mio. Euro. Davon entfallen nach Verteilungsschlüssel über 3,68 Mio. Euro auf Essen.

Weitere Entlastungen für die Kommunen

Obwohl es Aufgabe des Bundeslandes ist, für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen, entlastet der Bund die Städte und Gemeinden mit diesem Gesetz noch weiter:

In der laufenden Legislaturperiode unterstützt der Bund die Länder und Kommunen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen in Höhe von sechs Mrd. Euro. Ein Teil der Entlastung wird durch die Aufstockung des Sondervermögens „Kinderbetreuungs-ausbau“ um 550 Mio. Euro geregelt.

Außerdem beteiligt sich der Bund auch an der Finanzierung der Betriebskosten für den Ausbau weiterer Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Der jährliche Betriebskostenzuschuss von 845 Mio. Euro wird dafür in den Jahren 2017 und 2018 noch einmal um 100 Mio. Euro gesteigert. „Damit setzen wir eine weitere wichtige Zusage aus dem Koalitionsvertrag um und geben ein deutliches Signal: Der Bund ist ein verlässlicher Partner für die Kommunen“, betont Matthias Hauer.

Erster Haushalt ohne neue Schulden

In der vergangenen Sitzungswoche konnte die Große Koalition einen historischen Erfolg verzeichnen: Der Deutsche Bundestag hat zum ersten Mal seit 1946 einen Bundeshaushalt beschlossen, der keine neuen Schulden vorsieht. „Das ist eine sehr gute Nachricht für alle Generationen“, betonte Matthias Hauer MdB. Durch solides Wirtschaften entstehen mehr Spielräume für Investitionen in der Zukunft. Gleichzeitig setzte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner in den Haushaltsberatungen Schwerpunkte: Investitionen in Bildung und Forschung, in die Verkehrsnetze und in die digitale Infrastruktur stehen im Zentrum der Wachstumspolitik. In den Jahren 2016 bis 2018 stellt der Bund zehn Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen bereit. Daneben stehen rund 25 Milliarden Entlastung für die Kommunen bis 2017.



Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2015 im Deutschen Bundestag © Bundesregierung / Guido Bergmann

Essen

Kettwig: Bundesweiter Vorlesetag

„Die furchtlosen zwei von Bahnsteig 3“: Aus diesem Kinderbuch hat Matthias Hauer MdB zum Bundesweiten Vorlesetag am 21. November in der Stadtteilbibliothek Kettwig vorgelesen. Zuhörer waren Mädchen und Jungen der Klasse 3c der Schule an der Ruhr. „Die Kinder und ich hatten jede Menge Spaß bei der Geschichte rund um die Tauben Pommies und Billy“, berichtete Matthias Hauer. „Vielen Dank an Frau Bandura von der Bibliothek, die das Buch ausgesucht hat.“ Gerade in unserer schnelllebigen Welt sei es wichtig, sich füreinander Zeit zu nehmen, sagte er weiter. „Vorlesen macht Lust aufs Lesen und damit auf Bildung.“ Für das aufmerksame Zuhören schenkte der Bundestagsabgeordnete jedem Kind ein kleines Buch.



Überruhr und Messe: Bürgersprechstunden

Am 16. und 20. November hatte Matthias Hauer MdB zur Bürgersprechstunde eingeladen. Auf der Verbrauchermesse "Mode Heim Handwerk" in der Messe Essen stand der Bundestagsabgeordnete am 20. November am Stand des Deutschen Bundestages für Fragen zur Verfügung (Foto). Nach der Sprechstunde folgte ein Rundgang über die Messe, um vor allem einige Stände Essener Unternehmen und Verbände zu besuchen. Am 16. November bot sich an einem Stand vor dem Eingang des Einkaufszentrums in der Schulte-Hinsel-Straße in Überruhr die Möglichkeit, den Bundestagsabgeordneten auf persönliche Anliegen anzusprechen. Rede und Antwort standen hier außerdem Heinz Böcker, Bezirksvertreter und Vorsitzender der CDU Überruhr, sowie Norbert Mering, stellvertretender Vorsitzender der CDU Überruhr.

Kinderrechte an der UNESCO-Schule

Um die weltweite Einhaltung der Kinderrechte ging es in einer Diskussion mit Schülerinnen und Schülern der 10. Klasse der UNESCO-Schule am 20. November. Das Gespräch war von UNICEF Essen initiiert worden. „Kinderrechte sind Menschenrechte“, betonte Matthias Hauer MdB. „Daher finde ich es wichtig, sich damit auseinanderzusetzen.“ Die Schülerinnen und Schüler des Aufbaugymnasiums interessierten sich für die Situation von Kindern in Deutschland, aber auch in anderen Ländern. Bildung, materielle Versorgung und Gewalt gegen Kinder – das waren u.a. die Themen. Auch zum Alltag eines Politikers wollten die Jugendlichen eine Menge wissen. „Es war eine spannende Diskussion und die Jugendlichen waren gut vorbereitet“, so Matthias Hauer.



Hubertusfest in Altendorf

Gemeinsam mit König Friedhelm I. Börsch und Königin Lisa I. Sprang hat Matthias Hauer MdB am 15. November das Hubertusfest des Bürgerschützenvereins Altendorf gefeiert. Namensgeber des Festes ist der heilige Hubertus von Lüttich, Schutzpatron der Jäger. „Dass der Verein heute nicht in der Aula feiern kann, ist sehr schade – nicht nur für den Verein selbst, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger aus Altendorf, die wegen der geringeren Raumkapazität nicht teilnehmen konnten“, sagte Matthias Hauer. Der Bundestagsabgeordnete machte klar: „Für das Brauchtum in Essen benötigen wir eine schnelle und gute Lösung, dass auch Schulgebäude für Traditionsfeste wieder genutzt werden können. In der nächsten Ratssitzung wird die CDU mit der SPD dieses Problem angehen und lösen.“ Der Stadtrat beschloss dies dann auch am 26. November.

Essen

Werden: Unternehmergeist an der Schule

Start-up trifft Schule: Unter diesem Motto hat Matthias Hauer MdB am 19. November über 100 Schülerinnen und Schüler der 11. Jahrgangsstufe am Gymnasium in Werden mit Gründern ins Gespräch gebracht. Zu Gast waren neben Vertretern der IHK zu Essen die Gründer des Internet-Start-ups „Rocket Spaces“, Philip Schur und Giannis Paraskevopoulos, sowie die Gründerinnen der Kommunikationsagentur „Rand und Band“, Natali Pilic und Janine Flocke. Die Frage war: Wie können wir mehr Unternehmergeist an der Schule fördern?“ Dabei waren sich alle einig: Es sei wichtig, möglichst früh auch wirtschaftliche Themen zu behandeln und Praxiserfahrungen zu sammeln. „Auch wer sich dagegen entscheidet, ein Unternehmen zu gründen, wird wertvolle Erfahrungen mitnehmen“, betonte Matthias Hauer.



Ausbildungszentrum der Bauindustrie

Ebenfalls am 19. November hat Matthias Hauer MdB das Essener Ausbildungszentrum der Bauindustrie besucht. Das überbetriebliche Ausbildungszentrum ist zuständig für das ganze Ruhrgebiet und bietet 450 Auszubildenden die Möglichkeit zur Berufsbildung in der Bauwirtschaft. „Ich habe den Besuch genutzt, um mit Auszubildenden ins Gespräch zu kommen, aber auch mit Schülerinnen und Schülern, die sich im Zentrum beruflich orientieren“, berichtete Matthias Hauer. „Vielen Dank an die Auszubildenden für den tollen selbstgebauten Vogelnistkasten. Er bekommt einen Ehrenplatz!“ Mit der Geschäftsleitung sprach der Bundestagsabgeordnete auch über Themen des Essener Standorts, die Vielfältigkeit des Ausbildungsangebots und die Arbeitsmarktsituation in der Bauindustrie.

Mindestlohn: Gespräch mit Essener Taxigewerbe

Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde hat Auswirkungen auf viele Branchen, auch auf das Essener Taxigewerbe. Taxiunternehmer und Vertreter der IHK zu Essen berichteten CDU-Ratsfraktionschef Thomas Kufen und dem Bundestagsabgeordneten Matthias Hauer am 18. November über ihre Sorgen und Befürchtungen. „Es gilt, die Taxiversorgung – vor allem auch zu Nachtzeiten und außerhalb des Zentrums – sicherzustellen, Tarife erschwinglich zu halten und sie gleichzeitig auskömmlich für die Taxifahrer/-unternehmer zu gestalten“, sagte Matthias Hauer im Anschluss an das Gespräch. Über Taxitarife, die diese Gesichtspunkte berücksichtigen, entschied der Rat der Stadt dann am 26. November.



Volkstrauertag auf dem Südwestfriedhof

Den Volkstrauertag am 16. November hat Matthias Hauer MdB auf der traditionellen Feierstunde auf dem Südwestfriedhof begangen. Unter dem Motto "Sinnvolles Gedenken wirkt in die Zukunft" wurde allen Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht. Zudem erinnerten die Veranstalter an den Auftrag, sich für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen einzusetzen. Nach musikalischen Beiträgen des Polizeichors und des Musikzugs der Feuerwehr hielt der Vorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Christian Kromberg, die Gedenksprache. Anschließend wurden Kränze von Vertretern der Stadt, des Volksbundes, der Bundeswehr und des Sozialverbandes VdK niedergelegt. „Lasst uns weiter die Erinnerung an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft wachhalten – als Mahnung für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, so Matthias Hauer.

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer, Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Constantin Hesselmann, Daniela Rittkowski, Marie Kohls (v.l.) sowie Nils Sotmann

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

